

Der neue Finanzminister Georg Fahrenschon zog sich im Laufe seiner Ansprache eher den Unmut der Delegierten zu. Er startete mit dem Angebot einer Zusammenarbeit, das die bfg sicherlich gerne annehmen wird. Anschließend erläuterte er in aller Breite die Risiken und Konsequenzen der Finanzkrise und wollte die Delegierten damit offensichtlich darauf vorbereiten, welche Konsequenzen dies seiner Meinung nach haben werde.



Matthias Bauregger, Josef Bugiel, Finanzminister Georg Fahrenschon und Helene Wildfeuer (v. l.)

Die „Generationengerechtigkeit" erfordere weiter einen „ausgeglichenen Haushalt" – zwei Schlagworte in deren Zusammenhang der öffentliche Dienst in Bayern in der Vergangenheit schon öfter mal zum Kostenfaktor reduziert wurde. Trotzdem stellte Fahrenschon fest: „Die Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der Steuerverwaltung ist an ihren Grenzen angelangt." Die Erhöhung der Einstellungszahlen in 2008 solle deshalb keine einmalige Sache gewesen sein. Auch Stellenmehrungen und -hebungen im nächsten Doppelhaushalt würden erfolgen. Die Delegierten nahmen die Ankündigung erfreut zur Kenntnis, auch wenn der Minister noch keine Zahlen nannte. Weniger erfreut wurde die klare Absage des Ministers an eine Rückführung der 42-Stundenwoche aufgenommen. Aufgrund einiger eher unsensibler Aussagen zu diesem Thema erntete der Minister Pfiffe statt des erhofften Verständnisses für das Handeln der Staatsregierung. Die im Anschluss zwar noch nachgereichten kleineren Zugeständnisse hinsichtlich Dienstrechtsreform etc. konnten die leider gekippte Stimmung aber nicht mehr retten.

DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek zeigte sich in seinem Grußwort enttäuscht darüber, dass in der Koalitionsvereinbarung von CSU und FDP, zwar der Bereich Steuerrecht abgehandelt werde, aber die dazugehörige tatkräftige Steuerverwaltung mit keinem Wort erwähnt sei. Wie tatkräftig diese Steuerverwaltung sei, sehe man daran, dass sie im Bundesvergleich die besten Arbeitsergebnisse brächte – obwohl sie personell am schlechtesten gehalten werde. Aus diesem Grund wollen die Beschäftigten nicht länger auf ihre gerechte Entlohnung und Beförderung für ihre guten Leistungen warten. Ondracek streifte noch weitere Themen, wie z. B. die Bestrafung bei Steuerhinterziehung, die Vereinfachung des Steuerrechts oder die Erbschaftsteuerreform. Weitere Grußworte sprachen die Vertreter der fünf Landtagsfraktionen.

Insgesamt war der Delegiertentag der Bayerischen Finanzgewerkschaft eine gelungene Veranstaltung, die wieder einmal zeigte, wie wichtig gewerkschaftliches Engagement ist. ■

Gewerkschaftstag in Sachsen

motivieren – mitmachen – mitgestalten

Auf mehr Ausbildungsplätze müssen neue Planstellen folgen

Unter diesem Motto stand der V. Gewerkschaftstag des Landesverbandes Sachsen am 21./22. November 2008 in Zwickau.

Der neugewählte Landesvorsitzende Reinhold Mähne setzte sich in seiner Rede im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung mit dem Personalabbau in Sachsen auseinander. Innerhalb der letzten vier Jahre ging der Personalbestand um über sechs Prozent zurück, ein adäquater Aufgabenabbau stand dem aber nicht gegenüber. Dies bedeutet für die Kolleginnen und Kollegen weitere Aufgabenverdichtung und ein mehr an Arbeitsbelastung. Dass Politiker zwar Steuervereinfachung versprechen, aber tatsächlich für eine sich ständig ändernde und kompliziertere Steuergesetzgebung sorgen, schafft Probleme in der täglichen Praxis, sagte der Landesvorsitzende. Die Belastungen erhöhten sich noch weiter im Jahr 2009, wenn die Mitteilungen der Rentenversicherungsträger vorliegen und auf ihre steuerliche Relevanz geprüft werden müssen, hielt er den erschienenen Abgeordneten des Sächsischen Landtages eindringlich vor.

Sehr positiv nahmen die Delegierten die Ankündigung von Abteilungsleiter Norbert Görlich (Sächsisches Staatsministerium der Finanzen) auf, dass die Zahl der Ausbildungsstellen im gehobenen Dienst beibehalten und im mittleren Dienst ab dem Jahr 2009 um 20 auf 40 Stellen aufgestockt werden soll. Dass diese Absicht gleichzeitig die Planung entsprechender Übernahmestellen im Haushalt nach sich ziehen muss, ist eine entschiedene Forderung des Gewerkschaftstages, die sich nicht nur an die Verwaltung, sondern auch an die anwesenden Landtagsabgeordneten richtet. Der Landesvorsitzende sprach das Problem an, dass die Verwaltung mit der freien Wirtschaft in immer stärkere Konkurrenz im Kampf um die besten jungen Leute treten muss. Die Politiker hätten die Aufgabe die Zukunft in der Verwaltung attraktiver zu gestalten. Wer die Besten will, muss das Beste bezahlen –

diese Forderung wurde von allen Delegierten unterstützt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme in der Finanz- und Wirtschaftswelt vertrat Kollege Mähne noch einmal sehr entschieden die Position der DSTG für eine angemessene Personalausstattung zu sorgen. Wer jetzt nicht die Einnahmen des Staates durch eine ausreichende Personalausstattung sichert, beraubt ihn angesichts der knapper werdenden Mittel seiner Gestaltungsmöglichkeiten und gefährdet die Aufgabenerfüllung des Staates, lautete seine Botschaft, die er an die Vertreter von Politik und Verwaltung richtete.

Die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen auf hohem Niveau bedingen eine entsprechende Honorierung. Der Gewerkschaftstag erwartet darauf eine befriedigende Antwort in der Tarif- und Besoldungsrunde 2009.

Die Forderung nach einer Lohnerhöhung weit oberhalb der Inflationsrate fand die Zustimmung aller Delegierten. Umso unverständlicher ist, dass nach der vorliegenden Novellierung der Stellenobergrenzenverordnung in Sachsen weiterhin nur 90 Prozent der möglichen höherwertigen Planstellen für eine Beförderung ausgewiesen werden sollen. Motivation sieht anders aus, sagte der Landesvorsitzende. Eine Sanierung des Sächsischen Haushaltes zu Lasten der Beschäftigten lehnten die Delegierten kategorisch ab. Über leistungsorientierte Bezahlung sollte nach Meinung der DSTG nicht geredet werden, wenn die grundlegende Form der Anerkennung von Leistung, nämlich die Beförderung, nicht umfassend genutzt werde.



Der neue Vorstand des Landesverbandes Sachsen



Ehrenvorsitzender Joachim Rothe, Abteilungsleiter Norbert Görlich, Reinhold Mähne, Friedemar Schmidt, Veronika Wildt, Dieter Ondracek, Marina Sämisch, Cornelius Dietze und Oberfinanzpräsident Klaus Staschik (v. l.).

Breiten Raum seiner Rede nahm das aktuelle Thema „Wegstreckenentschädigung“ ein. Dieser unmittelbare Griff in die Taschen der Kolleginnen und Kollegen wurde von allen scharf zurückgewiesen. Die Empfehlung an die Landtagsabgeordneten, beim aktuellen Entwurf des Reisekostengesetzes daran zu denken, dass die Beschäftigten der Finanzverwaltung auch Bürger sind, die 2009 zur Landtagswahl gehen sollen, wurde von allen Delegierten geteilt. Der Hinweis des Vertreters des Finanzministeriums in seiner Rede, durch den Gesetzentwurf komme es zu einer Verwaltungsvereinfachung, stieß bei den Delegierten auf Unverständnis.

Der Bundesvorsitzende der DSTG Dieter Ondracek betonte zum Auftakt seiner Rede, er könne in Anbetracht der vielen Probleme, vor denen die Beschäftigten der Finanzverwaltung täglich stehen, nur auf einige eingehen. Er richtete seinen Fokus auf die aktuellen Probleme in der Finanz- und Wirtschaftswelt und die Lichtenstein-Affäre. Am Beispiel Pendlerpauschale und Wegstreckenentschädigung zeigte Ondracek auf, wie schnell Politik Glaubwürdigkeit verspielt.

Im Mittelpunkt des Gewerkschaftstages standen neben der Wahl des neuen Landesvorstandes der Geschäftsbericht, Satzungsänderungen sowie Beschlussfassungen zu aktuellen Themen der Gewerkschaftsarbeit.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages wählten mit deutlicher Mehrheit Reinhold Mähne zum neuen Landesvorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden die Kolleginnen Veronika Wildt und Marina Sämisch sowie die Kollegen Cornelius Dietze und Friedemar Schmidt gewählt. Dem neuen Vorstand gehören als Beisitzer die Kolleginnen Ulla Arnold und Birgit Kämpfer sowie die Kollegen Steffen Eckert, Peter Kutschera und Albrecht Schilde an. ■

Anhörungsmarathon im Bundestagsfinanzausschuss

DSTG bezweifelt Erfolg des Steuerpakets für Wachstum und Beschäftigung

Zum Jahresende läuft die Steuergesetzgebungsmaschinerie im Parlament auf Hochtouren. Der Finanzausschuss des Bundestages setzte vor den Schlussabstimmungen im Plenum Expertenanhörungen zum Entwurf eines Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetzes, zum Familienleistungsgesetz sowie zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelung des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ auf seine Tagesordnung, zu denen die DSTG geladen war.

Durch das Gesetz zur Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung sollen Arbeitnehmer einen fairen Anteil am Erfolg von Unternehmen erhalten, für die sie ihre Arbeitskraft einsetzen.

Gesetzesvorstoß greift zu kurz

Ebenso wie die DSTG, die in der Anhörung am 5. November 2008 vom Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek vertreten wurde, kritisierte ein Großteil der Sachverständigen das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, weil mit dieser Regelung eine bessere Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital ihrer Unternehmen kaum oder überhaupt nicht erreicht werden könne. Die Bundesregierung will unter anderem mit der steuerrechtlichen Neu-